

Wählergruppe fordert Aussetzung der Strabs

Gemeinde Südheide soll sich Stadt Celle als Vorbild nehmen: Entscheidung im Landtag abwarten

UNTERLÜSS. Der Antrag kam nicht überraschend. In der jüngsten Sitzung des Gemeinderates Südheide im Bürgerhaus in Unterlüß hat die Wählergruppe Aktive Südheide (WAS), die aus der Bürgerinitiative gegen Straßenausbaubeiträge hervorgegangen ist, die vorübergehende Aussetzung der Straßenausbausatzung gefordert. Der Antrag wird nun im Finanzausschuss

beraten.

„Als Vorbild in dieser Angelegenheit führen wir die Stadt Celle an“, begründet der WAS-Fraktionsvorsitzende Frank Huchler den Antrag. „Die Stadt Celle hat ihre entsprechende Satzung bis Ende 2023 ausgesetzt, um die Entscheidung des Landes Niedersachsen abzuwarten.“ Das wünsche er sich auch für die Gemeinde Südheide. „Wenn

wir dem Vorbild folgen, zeigt das, dass wir der Resolution gegenüber dem Land Niedersachsen Nachdruck verleihen“, so Huchler. Zudem würden Bürger davor geschützt, dass sie kurz „vor einer absehbaren Abschaffung der Straßenausbaubeiträge doch noch schnell zur Kasse gebeten werden“.

Der Gemeinderat hatte sich im März den Strabs-Gegnern angeschlossen. „Der Rat be-

fürwortet die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unter der Voraussetzung, dass die ausfallenden Beiträge bei zukünftigen Maßnahmen durch Mittel des Landeshaushaltes kompensiert werden“, berichtete Rathaussprecherin Martina Kaper. Nun müsse man die entsprechende Entscheidung des neuen Landtages, der im Oktober gewählt wird, abwarten, so Huchler.

Das Argument, dass ausgerechnet die Anlieger den Löwenanteil für eine Straßensanierung bezahlen müssen, weil ihnen ein besonderer wirtschaftlicher Vorteil erwachse, sei im Zeitalter der allgemeinen Mobilität nicht mehr zu halten. „Der Wert des Grundstücks steigt durch den Straßenausbau um keinen Cent“, betont Huchler. Die Erhaltung der Infrastruktur sei Staatssache. (me)